

Bezirksamt will erst nach neuem Gutachten über Milieuschutzgebiete beraten. Ob und wann rund um den Amtsgerichtsplatz und die Schloßstraße neue Charlottenburger Milieuschutzgebiete entstehen, scheint wieder fraglich – obwohl die BVV das Bezirksamt im Oktober mit der rot-grün-roten Mehrheit [aufgefordert hatte](#), „schnellstmöglich“ einen vorbereitenden Aufstellungsbeschluss zu fassen und innerhalb eines Jahres eine Beschlussvorlage für die Bezirksverordneten zu erarbeiten.

Doch nun kündigte Baustadtrat Oliver Schruoffeneger (Grüne) im Stadtentwicklungsausschuss an, im kommenden März ein zweites Gutachten in Auftrag zu geben, das „vor der Sommerpause“ 2021 vorliegen solle. In der ersten Studie war ein Planungsbüro vor zwei Jahren zur Ansicht gelangt, dass sich beide Gebiete nicht für Milieuschutz eignen. Wegen durchschnittlich hoher Haushaltseinkommen seien dortige Anwohner in der Lage, selbst hohe Mieten zu bezahlen. So kam es, dass der Bezirk im vorigen Januar zwar den Kiez um den Klausenerplatz zum „sozialen Erhaltungsgebiet“ erklärte, nicht aber auch die weitere Umgebung, wie es rund 1500 Anwohner in einem BVV-Einwohnerantrag der [MieterWerkStadt Charlottenburg](#) verlangt hatten.

Zur Begründung verwies Schruoffeneger auf ein Schreiben der Berliner Staatssekretärin für Wohnen, **Wenke Christoph**. Er habe die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen um eine juristische Stellungnahme zur Frage gebeten, ob Hauseigentümer erfolgreich gegen Milieuschutz klagen könnten, falls dieser nicht durch ein passendes Gutachten abgesichert sei. Die Staatssekretärin sehe diese Gefahr, sagte der Baustadtrat. Wenn „nicht einmal“ die Senatsverwaltung, die sich erklärtermaßen für Mieterschutz einsetze, den BVV-Beschluss unterstütze, sei dieser in der jetzigen Form zu riskant. Bereits in den vorigen Wochen hatten Bezirkspolitiker der CDU, der FDP und der AfD vor Normenkontrollklagen gewarnt.

Dagegen fordert die MieterWerkStadt, es dürfe „keine weiteren Verzögerungen durch das Bezirksamt“ geben. Die „mehr als langwierigen Prozesse“ in der Verwaltung hätten schon zu viel Zeit gekostet, heißt es [in einer Erklärung](#). Dass die Mieterinnen und Mieter einen „sofortigen Schutz vor Luxusmodernisierungen und der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen“ benötigten, sei schon aus Zahlen und Fakten im ersten Gutachten ablesbar. „In den Planungsräumen Schloßstraße und Amtsgerichtsplatz besteht ein hoher Verdrängungsdruck“, die Wohngebiete bildeten einen „Schwerpunkt der Immobilienspekulation“. Also müssten sich die SPD, Grünen und Linken gegenüber dem Bezirksamt für die Umsetzung ihres Beschlusses stark machen.